

Danziger Zeitung.

No 10298.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettlerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle anstehenden Zeitungen zu Originalpreisen.

1877.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

London, 16. April. Nach einer dem „Reuterschen Bureau“ zugegangenen Meldung sind heute 6 türkische Panzerschiffe in der Sulina-Mündung eingetroffen.

Petersburg, 16. April. Der Minister des Innern, General Timaschew, welcher in Folge eines Todesfalls in seiner Familie zeitweilig durch seinen Adjuncten, den Fürsten Lobanoff, vertreten worden war, hat die Geschäfte seines Ressorts wieder übernommen.

Reichstag.

22. Sitzung vom 16. April.

Erste Beratung des vom Abg. Schulze-Deleisch beantragten Gesetzesentwurfs, betreffend die Abänderung des Genossenschaftsgesetzes vom 4. Juli 1868. — Abg. Schulze: Seit der ersten Anregung zur Bildung deutscher Genossenschaften, die wir von England aus empfingen, haben sich dieselben völlig eigenartig entwickelt und Spezialwege, vor Allem die Creditgenossenschaften aus sich herausgebildet, die jetzt das Ausland eifrig nachahmen befreit ist. Von 4383 i. J. 1874 hat sich die Zahl der deutschen Genossenschaften i. J. 1875 auf 4504 vermehrt, mit einem Umlauf von 2600 Mill. M. Ihre eigenen Kapitalien, Reserven und Geschäftsanteile beliefen sich auf 160 bis 170 Mill. M., während der fremde Credit und Spareinlagen 360 Mill. M. betragen; 850 Credit-Genossenschaften hatten allein 18352 Mitglieder und einen Geschäftsumsatz in gewährten Crediten von 1435 Mill. M. Ihre Geschäftsanteile waren gewachsen auf 83 570 000 M.; ihre Reserven betragen 8½ Mill. M. Sie hatten an Anleihen aufgenommen 209 Mill. M. und an Spareinlagen 120 Mill. Der Procentfuß ihrer eigenen angeliehenen Kapitalien zu den fremden Anleihen betrug 27%. Die deutschen Genossenschaften haben daher einen berechtigten Anspruch darauf, daß man den Bedürfnissen ihrer weiteren Entwicklung auch in der Gesetzgebung Rechnung trägt. Dies bezweckt die heute von mir beantragte Novelle zum Genossenschaftsgesetz. Ihre beiden Hauptpunkte sind eine größere rechtliche Sicherung und Fixierung der Solidarität der Mitgliedschaft, welche ja die Grundlage des ganzen Instituts bildet und die Klarstellung der Competenz der Genossenschaften. Alle Bestimmungen der Novelle sind nur eine notwendige Konsequenz der bereits geltenden Gesetzesvorschriften. (Beifall.) — Unterstaatssecretär Friedberg: Ich habe bereits hervorgehoben, daß die vom Bundesrath beschlossene Reform der Actiengesetzgebung voraussichtlich das Gesellschaftsrecht im weiteren Umfange mit begreifen würde, und daß bei dieser Gelegenheit auch die Gesetzgebung über das Genossenschaftswesen in den Kreis der Revision wird gezogen werden müssen. Der vorgelegte Gesetzesentwurf hat mich in dieser meiner Auffassung nur bestärken können. Aber eben weil die Gesetzgebung über das Genossenschaftswesen nur im Zusammenhang mit den verwandten Gebieten richtig revidiert werden kann, ist es mir sehr fraglich, ob es gerathen sein würde, den Gesetzesentwurf, wie er hier vorliegt, zum Gegenstand einer isolierten Reform zu machen. Ich kann versprechen, daß im Kreise der Reichsregierung nichts versäumt werden wird, um die beferrnde Hand an diese Gesetzgebung so bald als möglich zu legen. Förderlich wird es gewiß sein, wenn wir dabei des Rathes der Männer uns erfreuen würden, die auf diesem Gebiete praktisch zu Hause sind und sich bereits auf demselben so große Verdienste erworben haben. Ich meinerseits werde nicht daran fehlen lassen, den Rath jener Männer zu erbitten. — Abg. Moser: Eine Veränderung des alten Gesetzes ist allerdings dringend notwendig, denn es haben sich im Laufe der Zeit theilweise Abirrtigkeiten herausgebildet, welche den Genossenschaften selbst den Lebensfaden abzuschneiden drohen; aber durch viele sogenannte verbeßerte Bestimmungen des Gesetzes Schulze-Deleisch wird die Lage derselben womöglich noch schlechter gestellt als bisher. So werden nach unseren Erfahrungen durch die Einführung der Solidarität die Leute vom Eintritt eher abgehalten, als herangezogen, und sind die Anttheile nach dem jetzigen Gesetz schon von 100 auf 60 M. herabgegangen; aber auch dieser Satz ist noch viel zu hoch, und gerade die Genossenschaften sind am blühendsten, welche diese Scheine möglichst niedrig, wie z. B. in Hamburg, auf 6 M. normiren. Wenn man fortfährt, die Genossenschaften, statt ihnen volle Freiheit und Luft zu geben, mit hohen Mauern zu umgeben, so wird der König im socialen Reiche ein Verodes sein, der seine eigenen Kinder frist; uns wird das allerdings wenig schaden. — Abg. Frhr. v. Rabenau bittet die Regierung, bei der Ausarbeitung des angekündigten Gesetzes auch ihr Augenmerk auf die ländlichen Kassenvereine zu richten. — Abg. Schröder (Friedberg): Im Großherzogthum Hessen bestehen landwirthschaftliche Consumvereine, welche ohne Anttheiletheile lediglich auf den aus Solidarität erwachsenen Credit ihrer Mitglieder hin operiren und sich wohl dabei befinden. In Bezug auf die an sich sehr verdienstliche Vorlage des Abg. Schulze bemerke ich, daß nach meinen Erfahrungen man Vieles mit beschränkter Haftbarkeit erreichen könnte, wofür hier Solidarität gefordert wird. — Abg. Schulze zieht mit Rücksicht auf die Erklärung des Chefs des Justizamtes, sowie auf die Geschäftsstelle des Hauses seinen Antrag zurück. Sollte jedoch die Vorlage der Regierung nicht zu Stande kommen, so sehen Sie mich in der nächsten Session wieder auf dem Platze, und ich hoffe, daß Sie auch dann mir Ihre Unterstützung nicht versagen werden. (Beifall.)

Erste Beratung der auf die Gewerbegesetzgebung bezüglichen Anträge. 1. Der erste derselben ist von den Abg. v. Seydewitz, Adernann und Gen. (Conserv.) eingebracht und bezweckt die theilweise Abänderung und Ergänzung des Tit. VII. der Gewerbeordnung. Insbesondere verlangt er die Führung von Arbeitsbüchern seitens der Gesellen und Gehilfen, die Feststellung der Bestimmungen, die in den Lehrverträgen aufgenommen werden müssen und einige Anordnungen über die Auflösung und über die Strafe für die widerrechtliche Auflösung des Lehrverhältnisses. — II. Der Antrag des Abg. Graf v. Galen u. Gen. (Centr.) bezweckt den Reichstag aufzufordern, die bereits unternommene Enquete über die Lage des Handwerker- und Arbeiterstandes unter Mitwirkung freigewählter Vertreter desselben zu vervollständigen und

auf Grundlage des gewonnenen Materials dem Reichstage in der nächsten Session Vorlagen über die Revision der Gewerbeordnung, der Freizügigkeitsgesetzgebung und des Haftpflichtgesetzes zu machen. Die Abänderung der Gewerbeordnung soll namentlich den Schutz des religiös-sittlichen Lebens (Sonntagsruhe) der Arbeiter, Regelung des Lehrlingswesens, Einschränkung der Gewerbefreiheit, Verbot der Kinderarbeit und Beschränkung der Frauenarbeit, Einführung gewerblicher Schiedsgerichte, anderweitige Regelung des konfessionspflichtigen Gewerbes, den Betrieb der Gast- und Schankwirtschaften u. ins Auge fassen. — III. Der Antrag Rickert, Wehrenpennig u. Gen. verlangt in Form einer Resolution eine Unterstützung derjenigen Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, die Beziehungen zwischen dem Lehrling und dem Lehrherrn als ein auf dauernder Grundlage beruhendes Verhältniß zu gestalten und dementsprechende Bestimmungen über den Lehrungsvertrag in die Gewerbeordnung aufzunehmen. Außerdem wird zur Förderung der Errichtung gewerblicher Schiedsgerichte der Erlass der bei der Beratung der Gewerbeordnung in Aussicht genommenen Ausführungsbestimmungen zu § 108 gefordert und deren Inhalt präfixirt. — IV. Als Amendement zu der letzten wählten Resolution beantragen die Abg. Girsch u. Gen. in Erwägung, daß eine Revision der Grundprinzipien der Gewerbeordnung durch die Erfahrungen des kurzen und durch Krieg und Geschäftskrisen abnormen Zeitraumes nicht gerechtfertigt erscheine, vielmehr den gewerblichen Nothstand und den sozialen Zwiespalt nur verhehlen würde, daß dagegen das Bedürfnis, die Gewerbeordnung in einzelnen Punkten auf der bisherigen Grundlage weiter auszubauen, anerkannt werden müsse, möge der Reichstag den Reichskanzler auffordern, das Lehrlingswesen im Sinne einer besseren gewerblichen, intellektuellen und sittlichen Ausbildung der Lehrlinge zu reformiren, so wie die Errichtung gewerblicher Schiedsgerichte zu befördern und die vorläufige Vollstreckbarkeit ihrer Entscheidungen zu sichern. — V. Endlich haben die Abg. Frische, Bebel und Gen. (Soc.-Dem.) einen umfassenden Gesetzesentwurf auf Abänderung der Tit. I, II, VII, IX, und X. der Gewerbeordnung eingebracht. Derselbe bezweckt insbesondere das Verbot der Feststellung zum Verkauf bestimmter Waaren in den Stufenstufen, die Einführung eines zehnjährigen Normalarbeitsjahres für Männer und eines achtstündigen für weibliche und jugendliche Arbeiter; Verbot der Sonntagsarbeit, der Nachtarbeit und der Kinderarbeit, Regelung des Lehrlingswesens, Anstellung von Reichsfabrikinspektoren, Bildung von Gewerbestämmen und Gewerbebezirken u.

Abg. Adernann: Wenn wir uns erst darüber verständigen, daß bei der Feststellung der Gewerbeordnung Fehler gemacht worden sind, dann ist auch eine Eingung nicht unmöglich, wenn auch die augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten sehr groß zu sein scheinen. Wir haben Ihnen nicht bloß eine Resolution, sondern eine Novelle zur Gewerbeordnung vorgelegt, weil es an der Zeit ist, praktisch zu beweisen, wie geholfen werden kann. Wir haben aus dem Titel VII. der Gewerbeordnung die beiden brennendsten Fragen herausgegriffen. Das Verbot der Arbeitsbücher im § 113 der Gewerbeordnung wurde im Norddeutschen Reichstag auf den Antrag des Abg. Bebel angenommen, und zwar mit geringer Majorität. Die Einwendungen gegen die Arbeitsbücher beschränken sich darauf: man wolle derartige Polizeimaßregeln nicht. Viele Berufsstände müssen sich einer Prüfung unterwerfen und Zeugnisse vorlegen; ein Theil der Arbeiter, die Vergarbeiter, wird heute noch durch Particulargesetzgebungen zur Führung von Arbeitsbüchern gezwungen. Was kann also Verlethendes darin liegen, wenn man dies auf alle Arbeiter ausdehnt? Eine Verletzung der Freizügigkeit liegt auch nicht darin, denn der Arbeiter kann umgehend in Deutschland umherreisen, er soll sich nur über seine früheren Arbeitsverhältnisse legitimiren können. Die Arbeitsbücher sind auch nicht etwas Neues: in Sachsen bestanden sie auch nach Anerkennung der Gewerbefreiheit, sie bestanden in einigen preussischen Provinzen, bestehen noch heute in Frankreich. Die Arbeitsbücher legen einen entschiedenen Werth auf die Arbeitsbücher und auch die Arbeiter haben sich in ihrer Gesamtheit nicht gegen dieselben erklärt; die Gegner sind nur die Mitglieder der Gewervereine und die Anhänger der Socialdemokratie. Der zweite Theil unseres Antrages bezieht sich auf Lehrlingswesen. Wir stimmen insofern mit dem Rickert'schen Antrage überein, als wir dasselbe wollen; der Unterschied ist der, daß wir einen Gesetzesentwurf vorgelegt haben, die Abg. Rickert und Wehrenpennig aber eine Resolution vorgelegt. Der Lehrvertrag soll schriftlich abgefaßt, die Probezeit obligatorisch sein, die Lehrzeit auf mindestens 2 Jahre fixirt werden. Der Fall, daß der Lehrling zu einem anderen Berufe übergeht, soll nicht bloß von dem Willen des Lehrlings abhängen. Bei der Abgeneigtheit gegen eine Befristung des Contractbruchs haben wir uns bei dem böswilligen Entlassen des Lehrlings nur auf die notwendigen Strafen im Interesse der Erziehung beschränkt. Eine Regelung dieser Frage im Wege der Entschädigungsklage ist nicht ausreichend, denn die Strafe wird weniger den Lehrling als den Vater oder Vormund treffen. In den Strafen ist unser Antrag von dem Rickert'schen insofern verschieden, als jener nur von Geldstrafen, wir auch Haftstrafen vorsehen. Wenn dem Lehrherrn die Anstellung von Lehrlingen zur Pflicht gemacht wird, so wird auch der Lehrling durch den Gedanken daran in Ordnung gehalten, denn von seinem Lehrlingsverhältnis hängt sein Fortkommen ab. Von einer Prüfung vor der Entlassung aus der Lehre muß abgesehen werden, weil es an den dazu nöthigen corporativen Verbänden mangelt. Der Rickert'sche Antrag ist für uns annehmbar. Der Antrag des Grafen v. Galen enthält einzelne Sätze, denen man nichts entgegenstellen kann; es ist nur über ihre Ausführung nichts mitgeteilt. Der Antrag der Abg. Frische u. Gen. enthält einige nicht unberechtigte Gedanken, aber annehmbar ist die Ertheilung des Wahlrechtes für die Gewerbestämmen auch an Arbeiterinnen, die Aufnahme der Arbeit in den Straf-Anstalten, der Normal-Arbeitszeit und die Nicht-Anwendbarkeit des Vereinsgesetzes auf Versammlungen und Vereine, welche die gegenseitige Unterstützung in Fällen der Erwerbslosigkeit zum Zwecke haben oder mittelst Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen erstreben. Denn wir haben doch auf dem Gebiete der Strafen keinerlei Erfahrungen gemacht, die uns veranlassen

könnten diesen einzigen Schutz aufzuheben. Dem Antrag Girsch gegenüber will ich nur bemerken, daß auch wir die Gewerbeordnung nicht aufzuheben gedenken. Was die Stärkung der Gewerkevereine betrifft, so kann ich das nicht billigen, denn das würde doch nur bellum omnium contra omnes proclamiren. Schließlich beantrage ich die sämtlichen Anträge an eine Commission von 21 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Graf v. Galen: Meine politischen Freunde und ich vertheilten die christlich-socialen Weltordnung, die ihre Wurzel hat in der Familie und in der christlichen Ehe. Nur die Organisation des Handwerkerstandes durch eine normative Handwerkerordnung, die Organisation der Fabrikarbeiter durch eine Fabrikordnung im Anschluß an die Familie, und damit Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit kann uns retten. Die Fabriken müssen so eingerichtet werden, daß die Gesundheit und Sittlichkeit keinen Schaden erleidet. Auch in dem Uebermaße der Schankwirtschaften liegt eine eminente Gefahr. Die Revision des Freizügigkeitsgesetzes muß die Rechte der Familie und Gemeinde sichern.

Abg. Rickert: Nach dem Vorredner zu sprechen ist bedenklich. (Sehr richtig! links.) Ich gestehe ganz offen, daß ich da, wo ich ihn verstanden habe, nicht seiner Meinung bin, daß er mir aber in dem größten Theil seiner Auseinandersetzungen absolut unverständlich geblieben ist. Was soll man wohl damit anfangen, wenn Jemand hier im Reichstage auftritt und sagt, die gegenwärtige wirthschaftliche Gesetzgebung zerfalle die christlich-socialen Weltordnung, sie nähre den Geist des vom Christenthum getrennten Egoismus. Statt aller dieser philosophischen, christlichen Auseinandersetzungen 4 oder 5 Paragraphen, damit wir den Weg gesehen hätten, auf dem wir wieder zur christlich-socialen Weltordnung und zum Organismus zurückgeführt werden sollen. Wo will denn der Vorredner das Freizügigkeitsgesetz ändern? Er will, so weit ich verstanden, zur Zukunft, wie sie vor 200 Jahren in Blüthe stand, zurückkehren und da möchte ich ihn doch bitten, sich bei der Geschichte danach zu erkundigen, ob denn in der Zukunft wirklich nicht jener vom Christenthum getrennte Egoismus war. Die Gesichtspunkte sagen, daß es etwas Engbergigeres, Engherzteres, Inhumaneres als die Zukunft nicht gegeben. (Sehr richtig! links.) Es ist eine der größten Errungenheiten, daß unsere moderne Bildung mit diesem Jenseitswesen gebrochen hat. (Sehr wahr! links.) Ich habe die Rede des Vorredners überhaupt so aufgefaßt, sie ist die Negation der gesamten modernen Bildung (sehr richtig!) und Entwicklung. Wir wünschen vor allen Dingen, daß er uns in bestimmten Paragraphen sage, was er eigentlich will. Ich werde auf den Antrag der Mitglieder des Centrums später noch zurückkommen, denn ich kann nicht annehmen, daß alle Mitglieder jener Partei die Ausführungen des Vorredners unterschreiben. (Rufe im Centrum: Doch! Doch!) Die Herren nicken mir zu; dann werde ich nur auf das eingehen, was im Antrage steht, und das, was der Vorredner sagte, bei Seite lassen; denn mit ihm kann ich mich nicht verständigen. Wie zwei Welten stehen wir von einander und können uns nicht verstehen! (Abg. Windthorst: Ja, sehr richtig! Sie sind modern und wir nicht!) Ja, und ich bin stolz darauf, ein Kind der modernen Welt zu sein. (Oh! im Centrum,) die das Resultat ist einer taufendjährigen Culturentwicklung. (Oh! im Centrum;) ich würde es lebhaft beklagen, wenn man mich um Jahrhunderte zurückdrängen und mir die Resultate der letzten Jahrtausende menschlicher Arbeit vorenthalten wollte. Es ist ganz unmöglich bei der colossalen Masse von Material, welches von allen Seiten an den Reichstag getreten ist, hier alle Anträge durchzugehen. Ich werde mich deshalb auf ein Paar allgemeine Gesichtspunkte beschränken und unsern Antrag von diesem Standpunkte aus rechtfertigen. Ich erkläre, hoffentlich in Uebereinstimmung mit meinen politischen Freunden, daß ich leider mit der Ueberweisung sämtlicher Vorlagen an eine Commission einverstanden sein muß. Ich würde es, wie der Abg. Adernann, beklagen, wenn aus dieser Commission kein greifbares Resultat herauskäme. Jedenfalls wird aber der beste Wille von allen Seiten dazu gehören, eine solche Resultatlosigkeit zu vermeiden, und dazu wird vor Allem nöthig sein, daß nach Sichtung des Materials daselbst auf ein Paar Punkte concentrirt wird, über welche eine Eingung und ein gemeinsamer Ausdruck des Hauses herbeizuführen ist. Wenn sich die Commission auf das Lehrlingswesen, die Schiedsgerichte und einige andere Punkte beschränkt, über welche eine gewisse Eingung im Hause herrscht, dann würde sie wohl zur Beantwortung einer beglückwünschenden Resolution im Laufe binnen zwei bis drei Wochen kommen können. Unsere gewerbliche Entwicklung hat etwas sehr Bedenkliches und wie auch auf diesem Gebiete, wie auf dem finanziellen selbst die höhere Führung der Bundesregierungen. (Sehr richtig!) Man weiß im Lande nicht, ob die Bundesregierungen die zwei großen Prinzipien der Gewerbeordnung vom Jahre 1869 anrecht erhalten wollen oder nicht. Wir sind durchaus nicht im Klaren darüber, ob die Regierung noch auf dem Boden der vor zwei Jahren plücklich in überfallender Weise erschienenen Contractbruchsnoth steht und die Konsequenzen aus derselben — die ja damals nach einer commissarischen Beratung unerschrocken blieb — zu ziehen bereit ist und so eine Rückwärtsbewegung in der Gewerbeordnung verfolgen will. Wenn man die Organe der Bundesregierungen in den Einzelstaaten und die offiziöse Presse hört, bekommt man unwillkürlich den Eindruck, daß auch in den Kreisen der leitenden Staatsmänner erhebliche Differenzen über diese Fragen obwalten und daß wir in dieser Beziehung einer einheitlichen und energischen Leitung entbehren. Das kann auch auf diesem Gebiete nicht so weiter gehen und wir müssen die Regierung zu einer bestimmten Stellungnahme drängen und dieses wird das beste Resultat der gegenwärtigen Debatte sein. Es ist zu beklagen, daß dieses bisher von allen Parteien als ein neutrales betrachtete Gebiet von der Centrumpartei zum Zwecke eines politischen Tendenzantrages betreten wird. Was heißt das „Schutz des Handwerkes“ durch Einschränkung der Gewerbeordnung? „Revision des Freizügigkeitsgesetzes“, die trügerische wirthschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung erfordert dringende Abhilfe. „Die Nothlage ist ein Resultat, nicht so sehr der allgemeinen wirthschaftlichen Calamität als ein Resultat der falschen Wirthschaftspolitik, deren Folgen ersprechend in der Erscheinung treten.“ Ist das ein gesetzgeberischer Gedanke? Was sollen wir mit

diesen Ausführungen anfangen? Gar nichts. Es ist ein Zeichen des Unfertigen in unseren politischen Verhältnissen, daß der oberste Grundsat, welcher immer maßgebend sein müßte, nicht genügend beobachtet wird, nämlich daß auch die Oppositionsparteien in ihren Forderungen nicht weiter gehen sollen, als sie dieselben, wenn sie angeblich zur Regierung kämen, erfüllen könnten. Ist dieser Grundsat in den Anträgen ausgedrückt? Wenn Jemand auf Grund eines solchen Programms die Regierung führen sollte, was würde er damit anfangen wissen: nicht 6 Monate könnte eine Regierung bestehen, welche diese Grundsätze in Gesetzes-Paragraphe übertrug. (Stimmen im Centrum: Das sind Ansichten!) Gewiß sind es Ansichten, und wir werden von Ihnen erwarten, daß sie mit positiven Vorschlägen kommen. Die Klagen über die Nothlage der Arbeiter kennen wir ja; ich selbst habe das Unglück gehabt, daß mir verschiedene Reden, die ich im Abgeordnetenhaus über den Nothstand gehalten habe, sehr auf mein Schulconto geschrieben worden sind, ich habe auch die Ungunst des Abg. Windthorst zu verschiedenen Malen deswegen erfahren. Ich schweige heute von dieser Nothstandsfrage; es wird nicht lange Zeit vergehen, dann wird sich ja herausstellen, ob diejenige die Situation richtig beurtheilt haben, welche zwar angegeben, daß wirthschaftliche Calamitäten in einzelnen Districten thatsächlich vorhanden sind, es aber nicht für richtig hielten, daß eine allgemeine Noth im deutschen Reiche auf dem gesamten Wirthschaftsgebiete vorhanden sei. Sehen Sie sich doch die Zeitungen an. Die „Nationalzeitung“ hat in den letzten Tagen einen Bericht aus Württemberg gebracht. Das Resultat einer Enquete hat ergeben, daß dort die inländischen Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt nicht ausreichen, daß man auswärtige Arbeiter heranziehen müsse, um die Arbeit nur zu bewältigen. Derartige Berichte werden wir hoffentlich auch demnächst aus einzelnen Theilen Preussens erhalten. Ich weiß aus meiner Heimatssprovinz, daß mehrere Landräthe auf ergangene Aufforderung bereits offiziell berichtet haben, eine allgemeine Nothlage sei nicht vorhanden, wenigstens nicht eine über das gewöhnliche Maß hinausgehende. Wäre es denn möglich, durch eine Revision des Freizügigkeitsgesetzes, der Gewerbeordnung, diese wirthschaftliche Noth zu mildern? Heute das Freizügigkeitsgesetz modificiren, wäre gefährlich und hieße geradezu Deutschland des Mittels berauben, um die Ausgleichung zwischen dem Ueberfluß hier und dem Mangel dort auszugleichen. (Sehr richtig!) Durch die fieberhafte Thätigkeit sind die Arbeitskräfte an mehreren Stellen über das Bedürfnis hinausgewachsen, während also diese Stellen das Bedürfnis haben, den Ueberfluß an Arbeitskraft abzugeben nach den Stellen, wo Mangel ist, wollen Sie das wirthschaftliche Leben wieder führen und Schranken schaffen, und damit das einzige Heilmittel verwerfen? Haben denn die Herren früher etwas gedacht? Haben nicht alle Parteien mit der Regierung an dieser Gesetzgebung zusammen gewirkt? Wenn man in den Wahlbewegungen die Reden hört und die offiziellen Organe, so müßte man glauben, daß die liberale Partei allein diese Gesetze gemacht hätte. Wir lehnen die Verantwortung nicht ab, wir würden heute genau ebenso handeln, wir sind stolz auf unser Mitwirken; aber verrücken Sie doch nicht den thatsächlichen Standpunkt! Das Freizügigkeitsgesetz ist am 22. October 1867 fast einstimmig angenommen, ebenso die Gewerbeordnung vom 29. Mai 1869. Waren damals die Abg. Windthorst und Reichensperger nicht im Hause? Ich habe aber nirgends einen Protest oder auch nur eine ähnliche Auseinandersetzung wie die des Grafen Galen gefunden. Preußen hatte die Freizügigkeit seit 1842, Sachsen seit 1834 und dahinter wollen Sie zurückgehen? Das kann nicht Ihre ernsthafte Absicht sein. Wir stehen auf gewerblichen Gebieten hinter England, Frankreich, Belgien und der Schweiz weit zurück. Ist das etwa eine Folge unserer Gesetzgebung? Darum sind wir zurückgeblieben, weil wir die Gewerbeordnung viel zu spät bekommen haben. (Sehr richtig! links.) Haben Sie denn nicht schon die Beläge dafür, was eine reactionäre Wirthschaftspolitik bedeutet? 1849 war dieselbe Strömung in Preußen, man gab damals nach. Was hat die Gewerbeordnung von 1849 genützt? Sie hat ganz haltlose Zustände herbeigeführt und Niemand befriedigt und ist ein toter Buchstabe geblieben. Sie ist still zu Grabe getragen worden, Niemand hat von ihr etwas gewußt. Die großen Grundsätze, die in der Gewerbeordnung und im Freizügigkeitsgesetz enthalten sind, wird sich die deutsche Nation nicht nehmen lassen. Es ist kein so ganz willkürlicher Zufall, daß in jener Zeit, als die nationalen Ideen ihren wahren Aufschwung nahmen, als Männer wie Stein das Ruder führten, diese großen wirthschaftlichen Freiheitsgesetze ihre Entstehung fanden, und die Gesetze von 1867 und 1869 haben mit an unsern nationalen Wert der Eingung gearbeitet; wer an diesen Grundlagen tastet, schädigt nicht bloß unser wirthschaftliches Leben, sondern auch die Vorbedingungen unserer nationalen Existenz. (Beifall.) Damit sagen wir jedoch nicht, daß die Gewerbeordnung unveränderlich und unantastbar sei; wir wollen auch Ergänzungen machen, aber nur auf Grund von Erfahrungen. Nun hat die Reichsregierung eine Enquete veranfaßt, aber dieser Versuch ist ziemlich schlecht ausgefallen. Der Bericht laborirt in seinen zwei starken Bänden geradezu an einer bodenlosen Langeweile (Heiterkeit), daß es wirklich Männern, die genobut sind, mit Ziffern sich zu beschäftigen, gar nicht möglich ist, sich durch 20 Seiten auf einmal hindurchzuarbeiten, durch solche Eintönigkeit und Gleichmäßigkeit, das ist ganz etwas unerträgliches. Einen wirthschaftlichen Gegenstand bildet ein englischer Enquetebericht, wo mit lebhaften Farben das pro und contra geschildert wird. Außer der einen thatsächlichen Angabe eines Schlussermeiters, daß von seinen 19 Lehrlingen während 5 Jahren ihm nur die zwei entlaufen sind, mit denen er keinen schriftlichen Contract gemacht hatte, finden wir in dem biden Bande neue Meinungsäußerungen nicht. Die Bundesregierungen müßten freilich mit dem von der Bureaunkratie der Einzelstaaten gegebenen Material arbeiten, und letztere hat lediglich schablonenhaft gearbeitet, vielleicht hat sie nicht einmal recht gewußt, auf welche Gesichtspunkte es ankommt. Die Enquete selbst befaßt sich über die Unklarheit der Ansichten und die Unbestimmtheit der Vertheilungen mit dem bestehenden Recht. Wir werden deshalb die Resultate der Enquete mit Vorsicht aufnehmen und nur diejenigen Punkte, wie das Lehrlings-

wesen und die Schiedsgerichte, welche schon vorher reif waren, zu einer Grundlage für die Ergänzungsbestimmungen der Gewerbeordnung machen. Mit unseren Ansichten über dieselben befinden wir uns in Uebereinstimmung mit den durch die Enquete bekannt gewordenen Meinungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer; prinzipielle Verschiedenheiten bestehen hier nicht. Mit unseren Vorschlägen über das Lehrlingswesen entfernen wir uns nicht von den Prinzipien der Gewerbeordnung, es handelt sich hier um Beschränkungen für jugendliche Personen, welche man noch nicht für gleichberechtigt mit entwickelten Menschen halten kann, in erheblichem Interesse, und solche können unter Umständen geboten sein. Wir haben ebenfalls von pädagogischen Gründen geleitet von Strafbestimmungen für den Contractbruch der Lehrlinge Abstand genommen, weil dadurch die beabsichtigte Besserung des entlaufenen Lehrlings in den meisten Fällen verhindert würde. Wir geben dem Meister nur einen Entschädigungsanspruch und darin differieren wir von dem conservativen Antrage. Hoffentlich gelingt es in der Commission, hierüber zu einem Einverständnis zu kommen. Weil wir die Gewerbeschiedsgerichte nur facultativ für die Gemeinden und nicht obligatorisch ins Leben rufen wollen, dürfen wir doch nicht den Erlass von Ausführungsbestimmungen weiter unterlassen. Das ist meine auf Grund jahrelanger Studien und Erfahrungen gewonnene Ueberzeugung. Die Frage ist so schwierig nicht. Die Mannigfaltigkeit in der Ausführung dieser Institution ist der Grund der bisherigen geringen Anzahl von nur 60 Schiedsgerichten in Deutschland. Es fehlt ihnen auch die schnelle Execution. Wenn die Leute wie bisher wochenlang auf die Entscheidung warten müssen, dann wird der Vortheil der Gewerbeschiedsgerichte illusorisch. Die Befestigung dieses Uebelsandes ist ein Vorzug unseres Antrages. Der Antrag Hirsch enthält dieses für uns Annehmbare, jedoch ist vieles darin, was in dieser Session nicht zur Entscheidung gebracht werden kann und nach dem prononcierten Vorgehen der Gegner kam es diesmal doch mehr darauf an Farbe zu bekennen als greifbare Resultate zu erzielen. Der Antrag Bebel-Frische hat, wie ich offen bekenne, eine Reihe von sachlichen Bestimmungen, über deren Werth sich auch mit uns discutiren läßt, wir werden bereit sein, in der Commission in diese Discussion einzutreten. Andere Bestimmungen darin müssen wir freilich für völlig unausführbar halten, und wir hoffen, den Antragstellern den Beweis dafür liefern zu können. Ich resümiere mich also dahin: wir sind nicht abgeneigt, Verbesserungen der Gewerbeordnung im Einzelnen zuzugeben und an diesen Verbesserungen mit allem Ernst zu arbeiten. Aber an den Grundlagen der Gewerbeordnung wollen wir nicht rütteln lassen; wir würden einem solchen Beginnen unter allen Umständen den entschiedensten Widerstand entgegenstellen. Und hierin befinden wir uns in Uebereinstimmung mit einem großen Theil der Gewerbetreibenden und gerade mit den intelligentesten unter ihnen. Als ein unverfälschtes Zeugnis kann ich ihnen den Brief eines Maurermeisters vorlesen, der anerkennt in meiner Vaterstadt einer der tüchtigsten Handwerker ist. Er schreibt unter andern: „Die Gewerbetreibenden haben es mit vielen anderen Leuten gemein, daß sie, wenn es ihnen nicht nach Wunsch geht, anstatt zusammenzutreten und selbst Hand anzulegen, ihre Lage zu verbessern, fremde Hilfe herbeirufen und hoffen, durch Gesetzesparagrafen glücklich gemacht zu werden.“ — M. S., wir wissen wohl, daß unser Handwerk ein gewichtiger Factor in unserem nationalen und wirtschaftlichen Leben ist und gerade unsere Partei hat ihren Klagens stets die erste Beachtung angedeihen lassen. Aber wir sind im Interesse der Wahrheit verpflichtet, zu gestehen, daß selbst dann, wenn wir die Gewerbeordnung, soweit das Bedürfnis es erfordert, ergänzen, den Klagen, wie sie jetzt aus dem Handwerk herkommen, nun und nimmer abgeholfen werden kann. Die Hilfe ruht eben bei den Handwerkern selber. Ich glaube, daß unser heutiges Gewerbe fräftig genug ist, aus eigener Initiative und unter den leichteren Bedingungen der modernen Zeit das zu leisten, was vor Jahrhunderten das deutsche Gewerbe mit bewundernswerther Energie in die Wege geleitet hat. Vor mehr als zwei Jahrhunderten waren die Rünfte nicht jenes engherzige Institut wie wir sie heute darstellen. Damals waren die Gewerke eine weit über die Berufsstände hinausgehende Macht im Staate geworden; sie haben die engsten Beziehungen zu allen Factoren des Staates erhalten und dadurch eben haben sie voll Energie und Thätigkeit ihre Aufgabe gelöst. Unsere heutigen Gewerbetreibenden vermögen dieselben mit Hilfe der heutigen Bildung gewiß auch zu lösen. Auch wir wollen corporative Gewerbeverbände und darin diejenige feste Gliederung, mit der allein es möglich ist, die erforderlichen Institutionen wie Gerichte und Fachgewerkschulen zu schaffen und dauernd zu erhalten. Aber diese corporativen Verbände sind nur möglich, wenn sie geschaffen werden aus der Initiative der Gewerbetreibenden selbst. Wollen die Handwerker, daß wir ihnen dann hier und da, wo es nöthig ist, gesetzgeberische Hilfe schaffen, so werden sie uns jederzeit bereit finden. Einem jeden reactionären Versuch, der unsere Gewerbeordnung zurückrevidirt, werden wir uns auf das Entschiedenste widersetzen. (Beifall.)

Präsident des Reichskanzleramts Hofmann: Im Allgemeinen kann ich die Stellung, welche die verbündeten Regierungen in der Frage der Reform der Gewerbeordnung einnehmen, dahin präzisiren, daß sie an der Grundlage der Gewerbeordnung, an den Prinzipien der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit festhalten und bereit sind, die bessernde Hand überall da anzulegen, wo sich auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen ein Bedürfnis zur Abänderung oder Ergänzung der Gewerbeordnung herausgestellt hat. Die Reichsregierung hat auch bisher keine Veranlassung gehabt, dem Prinzip der Gewerbefreiheit in irgend einem Punkte untreu zu werden. Ich kann dem Vorredner darin nicht Recht geben, daß in dem vor zwei Jahren vorgelegten Contractbruchgesetz eine Abweichung von dem Prinzip der Gewerbefreiheit gelegen habe. Die Regierungen sind, da die Idee einer strafrechtlichen Verfolgung des Contractbruches in diesem Hause auf so entschiedenen Widerstand gestoßen ist, auf diesen Gedanken nicht wieder zurückgekommen, und ich kann erklären, daß auch bis jetzt von keiner Seite eine Wiederaufnahme dieser Idee in Anregung gebracht ist. Die Reformen, welche die verbündeten Regierungen für jetzt ins Auge gefaßt haben, liegen auf eben den Gebieten, die durch die heute vorgebrachten Anträge berührt werden. Sie beschäftigen sich insbesondere mit einer besseren Gestaltung des Lehrlingswesens, mit dem besseren Schutz der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken und mit den ausführenden Bestimmungen über die Regelung der gewerblichen Schiedsgerichte. Das sind die drei Gegenstände, die bereits jetzt von dem Reichskanzleramt auf Grund der Enquete in Angriff genommen sind. Ich glaube versichern zu können, daß in der nächsten Session eine Vorlage, welche die Revision der Gewerbeordnung mindestens in diesen 3 Materien zum Inhalte hat, dem Reichstage vorgelegt werden wird. Daher können die Regierungen die Anregungen, die in den heute gestellten Anträgen gegeben werden, nur erwünscht sein, soweit dieselben von der bestehenden Gewerbefreiheit ausgehen. Dies thun sämtliche Anträge mit Ausnahme desjenigen des Grafen Galen und sie werden daher sämtlich von der Reichsregierung in reichliche Erwägung gezogen werden müssen. Was den Antrag des Grafen Galen anbetrifft, so kann dieser nach seiner ganzen Richtung, die sich insbesondere in den Motiven ausdrückt, nur aufgefaßt werden, als ein sehr schwerer Angriff gegen die Wirtschaftspolitik der verbündeten Regierungen und des Reichstages selbst. Da in dieser Frage ist ja nicht die Verwaltung,

sondern nur die Gesetzgebung der angeblich Schuldigen. Der Antragsteller wirft uns nicht allein ein Schwanken, sondern auch eine Schwankung in der Wirtschaftspolitik vor. Ich frage ihn, wo und wann wir eine solche Schwankung gemacht haben. Und dieser Vorwurf nimmt sich um so eigentümlicher aus, wenn man die Vorschläge ansieht, deren Ausführung dieser Antrag uns zumutet. (Sehr wahr!) Wir würden gerade einer vollständigen Schwankung unserer bisher stets bewahrten Haltung gezeihen werden können, wenn wir auf diese Vorschläge uns einließen. (Sehr richtig!) M. S., ich kann sagen, ich habe mit großer Spannung den Anträgen der Centrums-Fraktion auf wirtschaftlichem und socialen Gebiete entgegengelesen. Aber eine solche Enttäuschung, wie sie mir hier entgegengetreten ist, hätte ich, zumal nach den vielfachen feierlichen Aufkündigungen im Parlament und in der ultramontanen Presse doch nicht erwartet. Nicht ein einziger greifbarer Vorschlag wird gemacht, nicht eine einzige praktische Maßregel angegeben. Alles bewegt sich in allgemeinen ethischen und philosophischen Redewendungen. Sodann verlangt der Antrag geradezu, es solle der Großbetrieb der Industrie zu Gunsten des Handwerks beschränkt werden. Wie denkt sich denn der Antragsteller, daß dies gemacht werden soll? Jede Beschränkung der Großindustrie würde gleichbedeutend sein mit einer Vernichtung der Großindustrie. Nun beruht aber die ganze moderne Cultur in allen Culturländern auf dieser Industrie. Ist es denn dem Antragsteller nicht bekannt, daß Deutschland von den Erzeugnissen seines eigenen Bodens nicht leben kann, daß es alljährlich für Hunderte von Millionen Rohstoffe und Genußmittel vom Auslande beziehen muß? Von wo soll denn Deutschland die Mittel hernehmen, diese notwendigen Waren und Producte zu kaufen, wenn nicht aus dem Erlös seiner Großindustrie, die im Stande sein muß mit der des Auslandes erfolgreich zu concurriren. Der Vorschlag des Antragstellers wäre also geradezu gleichbedeutend mit der gewaltthätigen Herbeiführung einer Verarmung und schließlich der Entvölkerung Deutschlands. (Sehr wahr! links.) Zum Schluß noch ein Wort über den Antrag Frische u. Gen. Ich möchte meine Befriedigung darüber ausdrücken, daß die Herren mit diesem Antrag, ich glaube zum ersten Mal in diesem Hause, den Weg einer praktischen Socialpolitik betreten haben, daß sie endlich einmal mit Vorschlägen gekommen sind, über die sich debattiren läßt. Ich glaube, wenn sie auf diesem Wege weiter fortschreiten, werden sie den Arbeitern weit mehr nützen, als wenn sie nur Unzufriedenheit säen und als Endziel einer Umsturz der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse erblicken.

Abg. Frische: Wenn der Vertreter der verbündeten Regierungen seine Genußnahme darüber ausgesprochen hat, daß wir bei dieser Gelegenheit zum ersten Male mit praktischen Vorschlägen vor das Haus getreten seien, so irt er sich. Das was wir heute beantragen, ist durchaus nichts Neues, sondern eine Zusammenfassung und partielle Erweiterung der Amendements, die meine politischen Freunde bereits im Jahre 1869 zur Gewerbeordnung gestellt haben. Gewerbe-„Ordnung“ nennen Sie ja jenes Gesetz, das uns allerdings als eine Anarchie erscheint, in die wir durch unsere Anträge erst einige Ordnung zu bringen suchen. Das Princip dieses Gesetzes soll angeblich sein, gleiche Freiheit für Alle zu bringen, und doch müßte es Arbeiter und Arbeitgeber mit sehr verschiedenem Maße. Während es die einen in spanische Schmittstiefel zwängt, verleiht es den andern die Flügel des Merkurs an die Füße. Das socialpolitische Prinzip, von dem wir ausgehen, ist, daß das Recht auf Arbeit im Staate anerkannt, und daß diese Arbeit so organisiert werde, daß sie mit gemeinsamen Arbeitswerkzeugen gemeinschaftlich betrieben werde und Jedem den wirklichen Ertrag seiner Arbeit gewähre. Von einer Befestigung alles Privateigentums, wie vielfach gefabelt wird, ist von unserer Seite nie die Rede gewesen. Redner geht hierauf zur Begründung seines Antrages im Einzelnen über und schließt dann mit der Bitte, im Interesse der gewerblichen Arbeit den Anträgen zuzustimmen.

Hiernach verlegt sich das Haus bis Dienstag.

Samstag, 17. April.

Der Reichstag beschäftigte sich gestern mit der gemeinsamen Berathung sämtlicher in Bezug auf die Gewerbeordnung gestellten Anträge. Der Sache nicht förderlich war es, daß sich bei dieser wichtigen Frage eine Art Sport entwickelt hat, bei welchem jede Fraktion die erste sein wollte, um Hilfe und Linderung zu bringen. Zuletzt hatten sich auch noch die Socialdemokraten mit einem umfangreichen Antrage eingefügt. Der Redner der Conservativen, der sächsische Abg. Ackermann, vertrat gestern, im Unterschied von seiner früheren wirtschaftlichen Rede im Anfange der Session, den Standpunkt seiner Fraktion in schlicht-sachlicher Weise. Im Gegensatz dazu bewegte sich der ultramontane Graf v. Galen, dessen Partei Umkehr der Gesetzgebung und Wiederherstellung der „christlich-socialen“ Prinzipien, zunächst aber Ergänzung der Enquete unter Mitwirkung freigewählter Vertreter des Handwerkers- und Arbeiterstandes fordert, in allgemeinen philosophischen Betrachtungen. Ihm folgte der Abg. Rickert. Derselbe hätte gewünscht, daß der Vorredner an Stelle dieser Betrachtungen, die eine gesetzgeberische Verwerthung nicht zulassen, in einigen wenigen Sätzen gesagt hätte, was er denn eigentlich wollte; soweit er (Redner) ihn verstanden, erblickte er in seinen Aeufßerungen lediglich eine Leugnung der gesammten modernen Cultur-entwicklung. Redner nahm die Grundsätze der modernen Wirtschaftsgesetzgebung gegen die jetzt üblich gewordenen Angriffe in Schutz. Er erinnerte daran, daß seiner Zeit sowohl das Freizügigkeitsgesetz wie die Gewerbeordnung von allen Parteien des Reichstags fast einstimmig genehmigt worden seien. Die liberale Partei sei stolz darauf, an diesen Gesetzen mitgearbeitet zu haben. Er und seine Gefinnungsgenossen seien indes bereit, an einer Verbesserung derselben, soweit ein praktisches Bedürfnis sich herausgestellt habe, mit aller Kraft mitzuwirken. Er sprach auch die Hoffnung aus, daß die vom Abg. Ackermann beantragte Commission zu einer Einigung über die hauptsächlichsten Punkte gelangen und dem Hause noch vor Schluß der Session eine Resolution vorschlagen werde, auf Grund deren ein Gesetzesentwurf vorgelegt werden könne; aber nicht im Sinne der Umkehr, sondern auf den gegebenen Grundlagen. — Der Präsident des Reichskanzleramts, Hofmann, erklärte, daß die verbündeten Regierungen gesonnen seien, in der nächsten Session unter Vorbehaltung der Grundsätze der Gewerbeordnung eine Novelle vorzulegen über Lehrlingswesen, Schutz der Frauen und jugendlichen Arbeiter in den Fabriken, gewerbliche Schiedsgerichte und vielleicht noch einige andere Punkte. Des Weiteren wies er unter vielseitiger Zustimmung die in den Motiven des ultramontanen Antrages enthaltenen Angriffe auf die Regierung als durchaus unbegründet zurück und legte dar, daß eine nochmalige Enquete nichts

nützen könne. Der socialistische Abg. Frische begründete, nachdem er als seinen Standpunkt die „vernunftgemäße Vertheilung der Güter“ bezeichnet hatte, den von seiner Partei vorgelegten Gesetzesentwurf in verhältnismäßig ruhiger und sachlicher Weise. Daß dieser Entwurf manche beachtenswerthe Punkte enthält, war übrigens auch von den vorhergehenden Rednern anerkannt worden; nur sind diese Punkte mit andern durchaus unhaltbaren Forderungen gemischt. — Schließlich wurde die Debatte auf morgen verlegt.

Ueber den Ursprung der Kanzlerkrise ist mancherlei gefaselt worden. Auch der kirchenpolitische Streit ist damit in Zusammenhang gebracht worden, vielfach aber in einer der Wirklichkeit gerade entgegengesetzten Weise. Selbst ein so angesehenes Blatt wie die „Köln. Ztg.“ sagte in ihrer Nummer von Sonntag früh: „Und neuerdings verlangt er (Fürst Bismarck) sogar auch noch eine friedlichere Wendung im Cultorkampf mittels Revision der seither erlassenen kirchenpolitischen Gesetze.“ Ueber diese Infimiation des großen rheinischen Blattes hat sich der Kanzler, wie man uns berichtet, mit großer Entrüstung ausgesprochen. Er hat sich dahin geäußert: Wenn eine solche Compromisspolitik, bevor die Ultramontanen die Bedingungen eines die Interessen des Staates während Friedens anerkannt hätten, jemals befürwortet werde, so werde er, selbst wenn er fern und krank sei, es für seine Pflicht halten, zu ihrer Bekämpfung zurückzukommen; und falls er nicht mehr Minister sei, so werde er versuchen, diesen Kampf als Volkvertreter aufzunehmen.

In Uebereinstimmung damit befindet sich die uns schon telegraphisch angezeigte Meldung der „Post“. Das freiconservative Blatt schreibt: „Fürst Bismarck hat noch in letzter Zeit gegen hochstehende Persönlichkeiten ausdrücklich betont, daß er, gesund oder krank, in jedem Fall in dem Moment in die Geschäfte wieder eintreten werde, wo ernstlich der Versuch eines Systemwechsels mit den dadurch bedingten Personalveränderungen auf diesem Gebiete gemacht werden würde. Die Quelle jenes Artikels ist demnach eine höchst unlautere, die ihren Ursprung nur in den der Reichsglocke verwandten Kreisen haben kann, welche seit Jahren bestrebt sind, nicht nur die von der Mehrheit der Nation unterstützte Politik des Reichskanzlers zu kreuzen, sondern sich auch betreiben, durch Lüge und Verleumdung Mißtrauen zu säen und persönliche Schwierigkeiten zu schaffen.“

Wie auch dieser Artikel der „Post“ es durchblicken läßt, ist es jetzt sicher, daß das Pensionat des Reichskanzlers hauptsächlich durch höfische Intrigen veranlaßt war. Was die „Post“ in den gesperrten Worten andeutet, kann noch deutlicher der „Klabberadatsch“ ausdrücken, wenn er zeigt, woher der „Reichsglocke“ und der schwarzen Gesellschaft der Wind kam. Als die „Norddeutsche“ vor Jahren noch aus der Umgebung des Kanzlers inspirirt wurde, klagte sie schon damals über die Durchfärberei zwischen den Unterröcken und den Soutanen. Den „Grenzboten“ wurde, ehe die letzte Krise entschieden war, aus Berlin mitgetheilt, daß Bismarck's damals gefürchteter Abgang in erster Linie der Einwirkung einer hohen Dame und den Kreisen zu danken sei, in welchen sich dieselbe schon seit Jahren mit Vorliebe bewegte. „Man sprach schon vor 1870 von gewissen rheinischen Einflüssen, man wollte während des Krieges vom Verkehr mit einem französischen Monignore wissen, man erzählt sich unter Leuten, die das nicht bloß von schweizerischen Wirthstafeln her erfahren haben müssen, von Zusammenkünften mit einem römischen Kirchenfürsten, der eins der großen Lichter des Ultramontanismus in der Westschweiz ist. Unbekannt endlich ist, welche Einwirkung eine vornehme polnische Familie in Berlin, in deren Hotel alle Belleitaten der Kaplanokratie zu Tische saßen, bis in die höchsten Kreise der Reichshauptstadt hinauf ausübte. Fürst Bismarck geht nach Vargin, weil er nicht hindern kann und nicht sehen mag, daß man sich langsam anschiebt, nach Canossa zu gehen.“

Die „Schl. Br.“ schreibt über dasselbe Thema: „Die „Fraktionen“ bestehen; sie sind keine Fabel. Es giebt in den höheren Regionen zu Berlin zwei Herde, an welchen eine dem Fürsten feindliche Stimmung genährt wird. An einer Stelle begünstigt man die Ultramontanen; man hat sich ausschließlich mit katholischer Umgebung verjüngt; man hat einen Vertreter, der nachweislich mit der „Reichsglocke“ in Verbindung gestanden hat; man sucht Fühlung mit Herrn Windthorst-Meppen, der über Hofnachrichten stets besser unterrichtet ist, als mancher Minister. An einer anderen Stelle ist man ganz außerordentlich liberal; man hat Sympathien mit allen „Unterdrückten“. Man möchte, natürlich lebendig um des lieben Friedens willen, das weltliche Königshaus wiederum in den Besitz von einem kleinem Gelbe gesetzt sehen und wirkt zu diesem Behufe durch verborgene Canäle auf den hannoverschen Provinziallandtag ein; man vernimmt es schwer, daß Herr Professor Hänel nicht mehr das Vicepräsidium in Landtag und Reichstag führt, der immer so „interessant“ gesprochen und der der designirte Justizminister Friedrichs des Sächten von Augustenburg gewesen; man lauscht gelegentlich gern einem polnischen Schmerzensschrei; im Elsas hält man es mit der Protestpartei; mit Harry von Arnim steht man in Verbindung; für die besondern Anliegen von Hesse-Darmstadt hat man ein sehr aufmerkames Ohr; man ist, um einen der wichtigsten Ausdrücke Friedrich Wilhelms IV. anzuführen, durch und durch ostfälsch gesinnt. Wenn Anschauungen und Gefinnungen dieser Art einen großen Einfluß gewinnen, können sie dem leitenden Staatsmann oft sehr beschwerlich fallen.“

Nach Pariser Meldungen ist der russische Geschäftsträger in Konstantinopel bereits abgerufen, die russischen Unterthanen in der Türkei sind unter deutschem Schutz gestellt. Die russischen Flotten im Atlantischen und Stillen Ocean haben Befehl erhalten, sich im Mittelmeer zu sammeln. In Riga wird im Palais Katargiu Quartier für den Czaren vorbereitet; nach Abhaltung eines Kriegsrathes wird der Kaiser an den Bruth gehen. Der Hafen von Odessa ist für fremde Schiffe geschlossen. Nach Berechnung der Diplomatie ist der Uebergang über den Bruth durch das Gros der Südmee kaum vor Ende der Woche zu erwarten.

Unsere Vermuthung über die Meldung, daß die Türken schon bei Bidbin-Kalafat eine Brücke über die Donau schlagen, wird heute von der ersten Quelle bestätigt, welche zuerst die Nachricht gebracht. Die türkischen Soldaten haben dort, wie die „N. fr. Br.“ berichtet, nur Brückenmaterial zusammengestellt und überhaupt Vorberreitungen zum Brückenschlagen getroffen.

Aus Rußland wird der „R. Z.“ von der türkischen Donau-Armee unter vorgestrigem Datum telegraphirt: „Gegenwärtig vollzieht sich der Aufmarsch der Donau-Armee und deren Gliederung in Brigaden. Eine Concentrirung ist bisher in folgenden Richtungen bemerkbar: erstens in der Richtung von Bidbin und Lompalana gegen Kalafat (dieses Corps wird gegen 50 000 Mann stark bleiben und hat das Material von zwei vollständigen Brückentrains zur Verfügung, die gegenüber der eine halbe Stunde unterhalb Bidbin gelegenen Insel und gegenüber dem rumänischen Dorfe Cetate aufgestellt sind; allem Anscheine nach wird man sich sofort bei Ausbruch des Krieges Kalafats als Brückenkopf für Bidbin zu bemächtigen suchen); zweitens wurde durch Abgabe eines Theiles der Truppen von Bidbin und Heranziehung neuer Bataillone aus dem Innern zwischen Nahoma und Nilopol gegen das Mutathal und Zurnu-Marquelli hin ein Corps von 10—12 000 Mann aufgestellt; drittens von Rußland bis Turtufai (diese Truppen werden sich mit Einschluß der in den nächsten Tagen hier erwarteten Verstärkungen auf 18- bis 20 000 Mann belaufen); der vierte Concentrationspunkt erstreckt sich von Silistria bis Rassoowa und wird über 25 000 Mann umfassen, der fünfte liegt in der Dobrudscha, wo bis jetzt noch nichts zusammengezogen worden ist und die vorhandenen Truppen sehr wenig zahlreich sind; (es erfolgen jedoch dabei fortwährend Nachschübe sowohl von der oberen Donau als von Konstantinopel her, so daß dieses Corps in der nächsten Woche bereits eine Stärke von etwa 12 000 Mann haben könnte; dasselbe scheint eine Aufstellung mit doppelter Front einnehmen zu wollen, und zwar gegen Hirsova-Maschin einerseits und Jaltische-Tultscha andererseits, mit Bababagh als beiderseitigem Repli); sechstens für Barita mit Aufstellung gegen Vazarschit einerseits und Pravaby andererseits in Stärke von 22—25 000 Mann; das siebente Corps wird in centraler Stellung von Schumla bis Rasgrab in der Richtung gegen die Donau einerseits und Kasan-Eskitsumaja und Osmanbagar am Fuße der Balkanübergänge andererseits in der Stärke von 32—35 000 Mann concentrirt. Die Donau-Flotille, deren größter Theil zuletzt zwischen Bidbin und Rußland vereinigt war, hat sich mit Ausnahme von 6 Schiffen, welche an verschiedenen Punkten geblieben sind, an die untere Donau zurückgezogen, wo sie in 2 Geschwadern, zwischen Silistria-Rassoowa einerseits und Tultscha-Sulina andererseits, formirt wird. Mit der Befestigung des von Vazarschit über Pravaby führenden Balkan-Engpasses durch Verbaue und zwei auf dem Gipfel des Passes angelegte Redouten, so wie eines Werkes am Uebergange über den Kamtschiffuß wurde vorgeföhrt unter Anleitung dreier aus Varna dahin abgegangener Offiziere begonnen. Die Tschertessen erhielten Befehl, sich bereit zu halten. Vorgeföhrt wurden in Folge eines telegraphischen Befehls die hiesigen Artilleriedepots geöffnet und bis zum Abend 96 Geschütze auf die Wälle und Schanzen gebracht; heute, seit Tagesanbruch, fährt man fort, die Artillerie der Festungswerke durch Auffahren neuer Kanonen zu vervollständigen.“

Deutschland.

Δ Berlin, 16. April. In der heutigen Sitzung des Bundesraths wurde der (gestern mitgetheilte) Entwurf eines Gesetzes wegen Erhebung einer Ausgleichsabgabe (siehe letzte Nummer) nach folgender von Preußen vorgelegener Fassung angenommen: 1) Ziffer 1 in § 1 zu fassen, wie folgt: „Eisen und Stahl, geschmiedet und gewalzt, in Stäben (mit Einschluß des faconirten); Eisenbahnkneien, Winkelisen, E-Eisen, einfaches und doppeltes T-Eisen; Eisen- und Stahlplatten, sowie Eisen- und Stahlblech, auch polirt oder gefirnigt; Weißblech (aus Nr. 6b des Zolltarifs). 2) Die Ziffer 4, 5 und 6 in § 1 zu streichen. 3) Hinter § 2 als § 3 einzufügen: „Die zur Herstellung von a) Locomotiven, Tendern und Dampfesseln (Nr. 15b 1 des Zolltarifs), b. Maschinen insofern sie dem Gewichte nach überwiegend bestehen aus Gußeisen, Schmiedeeisen oder Stahl (Nr. 15. b. 2 §. 7.) c. Eisenbahnfahrzeugen weder mit Leder- noch mit Polsterarbeit (Nr. 15. c. 1. a.) erforderlichen Materialien und Maschinen-theile dürfen, nach Maßgabe der vom Bundesrath zu erlassenden Controlvorschriften, frei von der Ausgleichsabgabe aus dem Auslande bezogen werden.“ Das Gesetz wird unmittelbar dem Reichstage überwiesen werden und wie anzunehmen ist, noch im Laufe dieser Woche im Reichstage zur Veranblung kommen. Bei der Zerklüftung aller Parteien in diesen Fragen ist der Ausgang der Veranblung ganz ungewiß. Die Freihändler sind indessen augenblicklich der Ansicht, daß die Ablehnung des Entwurfes ziemlich gewiß erscheine.

— Sr. M. Schiff „Gazelle“ ist telegraphischer Nachricht zufolge, am 14. d. M. in Beirut eingetroffen und beabsichtigt, am 21. desselben Monats nach Smyrna zu gehen.

Weimar. Der Landtag hat mit großer Majorität den Fortbestand der Lehranstalt für Landwirthe an der Universität Jena in seiner bisherigen Organisation beschlossen.

Nordhausen, 15. April. Der ehemalige Präsident der Oberrechnungskammer, Ferdinand Seiffart, ist heute früh im 74. Lebensjahre hier gestorben.

Frankreich.

Paris, 15. April. Midhat Pascha hat sich heute Morgen in Marseille eingeschifft, um sich nach Barcelona zu begeben. — Der englische Gesandte bei der Bforte, Layard, ist gestern Abend nach Brindisi abgereist und wird sich auf der Nacht „Queen Victoria“ nach Konstantinopel einschiffen.

Italien.

Rom, 12. April. Die Sitzungen der Deputirtenkammer werden leider so unregelmäßig von vielen Deputirten besucht, daß der Präsident Crispi sich genöthigt sah, die Namen der ohne Entschuldigung fehlenden Deputirten im Amtsblatt

Zur Frühjahrs- und Sommer-Saison

empfehle:



Schwarze Einsegnungs-Anzüge, Ueberzieher,



Fertige Kleider und Regenmäntel,



Anzüge für Knaben von 2-16 Jahren,



Jahr-Kleider in großer Auswahl,



Anschließende Jacken und Paletots,



Jaquett's, Jacken und Rod-Anzüge,



Tragemäntel und Tragkleider,

28. Langgasse.

Mathilde Tauch,

Langgasse 28.

Für Knabenanzüge

empfiehlt haltbare waschächte Buckskins bei größter Auswahl zu stets billigsten Preisen.

F. W. Puttkammer.

Die glückliche Geburt eines gesunden Sohnes erlauben wir uns anzuzeigen.
Dirschau, den 16. April 1877.
4578) **Otto Thiem und Frau.**
Die Verlobung unserer Tochter Martha mit dem Herrn Friedrich Kiegnth, Gr. Lesewitz, erklären wir hiermit für aufgehoben.
Gr. Lesewitz, den 16. April 1877.
4584) **J. Janzen und Frau.**

Heute Morgen 4 Uhr starb nach langem Leiden meine liebe Schwester, Schwägerin und unsere Tante **Henriette Graeffe.**
Dieses statt besonderer Meldung allen Freunden und Bekannten.
Danzig, den 17. April 1877.
Die Hinterbliebenen.

Meine Wohnung ist jetzt Röpergasse No. 10, 2 Tr. h.

C. Kauer, Porzellanmaler.

Feinste frische Tischbutter empfiehlt (4597)

E. F. Sontowski, Danzig, Hausthor 5.

Geräucherte Landschinken (vorzüglich schön) empfiehlt (4597)

E. F. Sontowski, Hausthor 5.

Marinirten Lachs

à Portion 60 J., in und außer dem Hause, empfiehlt

Hein, Heiligegeistgasse 71a.

Hart-Gummi-Billard-Bälle,

dauerhafter als Eisen, pro Satz 30 M., empfiehlt

Carl Volkman, Heil. Geistgasse 104.

Zu Hecken:

Weißdorn, 1- und 2-jährig, sehr schön, Tannen (Abies exelsa) 35-70 Ctm. hoch, dreimal verpflanzt, vorzüglich schön, empfiehlt

A. Bauer, Langgarten No. 38.

Unsortirte, reine Sanna-Cigarren,

Dualität und Brand vorzüglich, 100 Stück 7 M. 50 J., empfiehlt

Albert Kleist, Portschaffengasse.

Zur Saat

offertre Alesamen in allen Farben, Luzerne, Thymothum, Ryegrass und diverse andere Samenarten

W. Wirthschaft.

Einen polif. Stuhlflügel,

n. Constr., habe ich höchst preisw. zu verk.

Hugo Siegel, Heil. Geistgasse 118.

Ein junges Mädchen, aus guter Familie, welche durch 4-jährigen Aufenthalt in Neß der französischen Sprache mächtig ist, sucht unter bescheidenen Ansprüchen eine Stelle in einem feinen Hause, wo dieselbe ihre Kenntnisse verwerthen könnte auch in der Wirthschaft behilflich sein würde.

Näheres bei Heinrich de Beer, Danzig, Langgasse 18.

(4588)

Die Dampffärberei, Druckerei und chemische Wasch-Anstalt

von **Wilhelm Falk,**

in Danzig, Breitgasse 4, und Commanditen, empfiehlt sich zum Auffärben von seidenen Roben in leichtesten und schwersten Stoffen in den hellsten sowie den dunkelsten Farben.

Moire antique, Moire française wird auf den sich dazu eignenden Stoffen nach Wunsch hergestellt

Wollene und halbwollene Stoffe, Damast-Gardinen, Portieren, Möbelzeuge werden in den gangbarsten Farben aufgefärbt und bekommen durch gute Appretur ihr früheres Ansehen, **seidene, wollene, halbwollene und Satin-Kleider** werden in allen Farben bedruckt. Neue Muster liegen zur gefälligen Ansicht. Schnelle Zurückerlieferung sowie billige Preise werden zugesichert.

(4561)

Danzig, den 1. April 1877.

P. P.

Mit dem heutigen Tage ist meine in dem Hause

Borsädtischen Graben 15, Ecke der Fleischergasse,

befindliche Commandite in den Besitz des Herrn

Berthold Gromke

übergegangen und wird derselbe eine vollständige Niederlage meiner sämtlichen Tabak- und Cigarren-Fabrikate zu Fabrikpreisen unterhalten.

Hochachtungsvoll

Fr. Wilh. Herrmann.

Bezugnehmend auf vorstehende Anzeige, empfehle ich außer sämtlichen Fabrikaten der **Fr. Wilh. Herrmann'schen** Tabak-Fabrik mein großes Lager von **Hamburger und Bremer Cigarren, russischen Cigaretten, Cigarrenspitzen und Pfeifen,** und bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens.

Hochachtungsvoll

Berthold Gromke.

(4394)

Auction zu Woklaff.

Donnerstag, den 19. April 1877, Vormittags 10 Uhr,

werde ich zu Woklaff bei dem Pächter Herrn Frank (im früher Wieb'schen Hofe), wegen Pachtkaufgabe und Umzug, an den Meistbietenden verkaufen:

6 gute Weder-Kühe, 1 Kuhhockling, 2 Schweine, mehrere Haufen Kuh- und Pferde-Drohnen und Gummel.

Nach Schluß dieser Auction werde ich daselbst vor dem Gasthause des Herrn Claassen, auf Verlangen mehrerer Interessenten, an den Meistbietenden verkaufen:

Pferde, Fährlinge, Fohlen, Kühe, Ochsen, Jungvieh u. Schweine 2c.

Den Zahlungstermin werde ich den mir bekannten Käufern bei der Auction anzeigen.

Die Herren Hofbesitzer 2c., welche sich bei dieser Auction betheiligen wollen, ersuche die Stützzeit vorher dem Herrn Claassen oder in meinem Bureau gefälligst anzugeben, auch werde ich am Tage der Auction von Morgens 8 Uhr ab die Anmeldungen bei Herrn Claassen entgegen nehmen.

Janzen, Auctionator, Breitgasse 4.

Herings-Auction.

Donnerstag, den 19. April, Vormittags 10 Uhr, Auction mit

norwegischen Feitheringen, diverse Marken, besonders Christiania und Breitlingen,

im Heringsmagazin „Langelauf“, Hopfengasse No. 1, von

Robert Wendt.

(4726)

Kaffeehaus Freundschaftl. Garten.

Auf vielseitiges Verlangen vieler meiner vorjährigen Abonnenten werde ich auch in diesem Jahre die so allgemein beliebt gewordenen

Abonnements-Concerte

veranstalten und nehme diesbezügliche Anmeldungen in meinem Etablissement entgegen.

Die Concerte nehmen mit Eintritt gütiger Bitterung ihren Anfang und werden von der Capelle des 3. Ostbr. Gren.-Regt. No. 4, unter Leitung des Musikdirectors Herrn Buchholz, ausgeführt werden.

Ein Billet für die Saison kostet für Familien von zwei Personen und deren Kinder bis zu 12 Jahren 3 M., ein Billet für eine Person 2 M.

H. Reissmann.

Auction über Oelgemälde im Hôtel du Nord

(Apollo-Saal).

Freitag, den 20. April cr., sollen am angeführten Orte, von 10 Uhr

Vormittags an bis 2 Uhr Nachmittags, die bereits in der Danziger Zeitung und den Intelligenzblättern angezeigten Original-Oelgemälde alter und neuerer Meister an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung versteigert werden.

Die Versteigerung ist den 17. und 18. April, von 10 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags, anheimgestellt und wird dazu höflichst eingeladen, so wie die Wahrnehmung des Termins empfohlen.

(4596)

Nothwanger, Auctionator.

Circa 100 Stück schwedische Kalkstein-Platten, aus einem Abbruch gewonnen, 55 Cmt. im Quadrat groß, von vorzüglicher Beschaffenheit, besonders zu Fußböden für Malzeller geeignet, sind billigst zu verkaufen

Kastadie 3, im Comtoir.

Eine fast neue schmiedeeiserne Copir-pressen, sehr billig zu verkaufen Hundegasse 44, 3 Tr.

(4608)

Ein junger Mann, mit der Buchführung und der Amtsführung vertraut, sucht Stellung. Mr. werden unter 4590 in der Exp. d. Btg. erb.

Junge Damen, welche die Schneiderei gründlich erlernen wollen, mögen sich melden Borsädt. Graben No. 20.

Junge Damen, die ihre Niederkunft erwarten, finden freundl. Aufnahme Schmiedegasse No. 5, bei C. Fischer, Hebeamme.

Ein tüchtiger Schlossergeselle, sucht bei mäßigen Ansprüchen Beschäftigung. Gefällige Adressen werden unter 4604 in der Exp. d. Btg. erb.

Ein tüchtiger erster Wirtschafts-Inspecteur, welcher der polnischen Sprache mächtig, und mit guten Attesten versehen ist, findet Stellung, jetzt, oder zum 1. Juli cr. Mr. w. u. 4217 in der Exp. d. Btg. erb.

Erfahrene Wirthinnen, für selbstständige Wirtschaften, die poln. sprechen, Eintritt Juli, mögen sich schriftlich oder persönlich melden. **J. Dan,** Heil. Geistgasse 27.

Erfahrene Köchinnen, sowie einfache Mädchen empf. **J. Dan,** Heil. Geistgasse 27.

Ein Maler-Gehilfe

findet dauernde Beschäftigung beim Maler **J. Mülle** in Br. Stargardt.

Ein junger Mann, der die hiesige Handelsakademie absolviert und seine Lehrzeit in einem größeren Comtoir beendet hat, sucht Stellung als Comtorist oder Volontair.

Adressen werden unter No. 4583 in der Exped. d. Btg. erbeten.

Eine für höhere Schulen geprüfte Lehrerin, wünscht in ihren Freistunden kleineren Kindern, die Neugarten u. Umgebung wohnen, in allen übl. Lehrfäch. Unterr. zu ertb. Mr. w. u. 4570 in der Exp. d. Btg. erb.

Zum Cigarren- u. Tabak-Geschäft ist ein glünstig bel. Ladenlokal mit Einricht. zu verp. Mr. u. 4563 in der Exp. d. Btg. erb.

Breitgasse No. 59 ist eine herrschaftliche Wohnung von 3 Zimmern nebst Zubehör, 1 resp. 2 Treppen hoch, sofort für 600 Mark zu vermieten.

Meldungen Kassischen Markt No. 12 bei Wirthmeister **Wittenberg.** (4595)

Zum 1. Octbr. cr., wird eine herrschaftl. Wohnung von 7 heizbaren Zimmern, Küche, Domestikengelaß und Zubehör, wenn möglich mit Gartenpromenade, Stallung u. Wagenremise, am liebsten vor dem hohen Thore, zu mieten gesucht. Offerten werden unter **v. W. Sandgrube** 28 erbeten.

Eine herrschaftl. Wohnung, bestehend aus einem heizb. Zimmer, Entree, Küche u. Zubehör, ist Fleischergasse 85, vom Juli ab, oder sofort zu vermieten. Näheres daselbst 2 Tr.

Ein größeres Restaurant ersten Ranges wird zu pachten gesucht.

Adressen werden unter No. 4612 in der Exp. dieser Btg. erbeten.

3 Zimmer nebst Küche und Zubehör sind von sofort auch von später zu vermieten. Näheres Hundegasse 44, 2 Tr.

Ein elegant möbl. Saal nebst Kabinet ist Hundegasse No. 79 sofort zu vermieten. (4548)

Sonnabend, den 21. April cr., Abends 7 1/2 Uhr,

im großen Saale des Gewerbehause:

CONCERT

des Opersängers **H. Eggers,**

unter gütiger Mitwirkung geschätzter Dilettanten und des Opersängers Herrn **A. Laff.**

PROGRAMM.

1. „Die Heimath“, Männer-Quartett mit Bass-Solo. Währing.

2. „Waldbesied“, gesungen von Herrn. J. Eggers. Kreutzer.

3. Recitativ u. Arie a. d. Oper „Die Folsinger“ für Sopran Kretschmer.

4. „Ständchen“ für Tenor mit obligater Geige. Gounod.

5. „Duett“ für Sopran u. Bass Nicolai.

6. „D laß Dich halten, goldne Stumbe“, für Bariton, gesungen von Herrn Laff. Jensen.

7. „Der Traum der Liebe“, Männerquartett. Hermes.

8. Arie aus der Op.: „Die Zauberflöte“, gesungen von H. Eggers. Mozart.

9. „Elegie“ für Violon. Ernst.

10. „Frühlingsbotschaft“ f. Tenor R. Bergell.

11. „Terzett“ aus der Schöpfung Haydn.

12. „Nun klinge, mein Lied“ für Sopran mit Cellobegleitung Golttermann.

13. „Waldbesied“, Männer-Quartett. Abt.

Numerirte Billets à 1.50, 3 Stück 3 M., sind bei Herrn **Constantin Ziemssen,** Langgasse 77, zu haben. (4605)

Wilhelm-Theater.

Mittwoch, den 18. April:

Damen-Abend.

Rahlbude, den 23 ten.

Ein Sandkahn No. 21 ist fortgeschwommen. Den Finder bitte um Mittheilung. Wachliner, Mewischfelde bei Rurzebrad. (4599)

Stettiner Pferde-Lotterie, Ziehung den 7. Mai cr., Loose à 3 M.

Königsberger Pferde-Lotterie, Ziehung 30. Mai cr., Loose à 3 M. bei **Th. Bertling,** Gerbera. 2. (4614)

Verantwortlicher Redacteur **S. Kötner,** Druck und Verlag von **A. B. Kaspermann** in Danzig

Hierzu eine Beilage.